

Stadt Heilbronn

**Niederschrift über die Verhandlungen des
Beirats für Partizipation und Integration**

vom 9. Oktober 2014

Öffentlich

Vorsitzender: Bürgermeisterin Christner

Integrationsbeirat: 20 Mitglieder

Anwesende Stadträtinnen/Stadträte: StR Gall, StRin Käfer, StR Kübler,
StR Link, StRin Dr. Christ-Friedrich,
StR Mayer, StRin Luderer,

Anwesende sachkundige
Einwohner/innen: Herr Abdoulaye, Herr Altuntas, Frau Baglivi,
Herr Binder, Frau Blanco, Herr Fetahaj,
Herr Melke, Herr Pantaliokas, Herr Saric,
Herr Sattar, Frau Stoll, Herr Gergert

Abwesend: Frau Das entschuldigt

Frau BMin C h r i s t n e r eröffnet die Sitzung und bittet diejenigen, die sich beim Treffen der neuen Beiräte am 18. September 2014 noch nicht für einen Arbeitskreis eingetragen haben, dies bei Interesse nun zu tun. Die Liste zur Mitarbeit in den Arbeitskreisen des Beirats für Partizipation und Integration sei im Umlauf.

Frau BMin C h r i s t n e r zieht *Frau Edona Gerguri* und *Herrn Dejan Gajic* vom Jugendgemeinderat als beratende Mitglieder sowie *Herrn Heinrich Kümmerle* von der Europa-Union und *Herrn Andreas Mayer* vom Landeskriminalamt Baden-Württemberg als Sachverständige zur heutigen Sitzung hinzu.

Tagesordnungspunkt 1

Verpflichtung der neu und wieder gewählten Mitglieder des Beirats für Partizipation und Integration

Frau BMin C h r i s t n e r verpflichtet die anwesenden sachkundigen Mitglieder sowie die stellvertretenden sachkundigen Mitglieder des Beirats.

Diese bestätigen die Verpflichtung mit Handschlag und mit den Worten „Ich gelobe es“ und unterzeichnen anschließend die Verpflichtungsurkunde. Die Verpflichtungsurkunde und Ausführungen zur Verpflichtung sind der Niederschrift als Anlage 1 angeschlossen.

Tagesordnungspunkt 2

Strukturen der Integrationsarbeit in Heilbronn: Vorstellung der Migrationsberatungsstellen

Frau BMin C h r i s t n e r führt in den Sachverhalt ein und weist auf den zweiten Integrationsbericht der Stadt Heilbronn für die Jahre 2007 – 2013 hin.

Frau K e i c h e r , Integrationsbeauftragte, gibt eine Einführung in die Strukturen der Integrationsarbeit.

Herr W i d m a i e r vom Diakonischen Werk für den Stadt- und Landkreis Heilbronn, Frau L e h r von Caritas Heilbronn-Hohenlohe und Frau K o c h von INVIA Jugendmigrationsdienst stellen die Migrationsberatungsstellen vor. Die wesentlichen Informationen können der als Anlage 2 dem Protokoll angeschlossen Präsentation entnommen werden.

Die drei Referenten gehen auf die Frage von Herrn StR K ü b l e r ein, wie die Situation bezüglich der Finanzierung sowie der Auslastung sei und wie die Situation aufgrund der absehbaren erhöhten Zuwanderung einzuschätzen sei.

Frau L e h r und Herr W i d m a i e r verdeutlichen dabei, dass es aufgrund der erhöhten Einwanderungszahlen schwieriger werde, Einzelne individuell zu betreuen und zu begleiten.

Frau BMin C h r i s t n e r weist darauf hin, dass im Jahr 2013 4500 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Heilbronn zugezogen seien, teils aus Deutschland und teils direkt aus dem Ausland.

Der Beirat für Partizipation und Integration nimmt abschließend

K e n n t n i s .

Tagesordnungspunkt 3

Auswertung einer Befragung zu vorhandenen Modellen, Strukturen und Funktionsweisen von politischen Migrantenvertretungen in baden-württembergischen Kommunen: Information

Frau BMin C h r i s t n e r führt in die Thematik ein und informiert, der Städtetag Baden-Württemberg habe mehrere Arbeitskreise, wovon einer davon der Arbeitskreis der Integrationsbeauftragten sei. Dieser Arbeitskreis habe sich zuletzt zu dem Thema ausgetauscht, welche Modelle und Strukturen es von Migrantenvertretungen in den Kommunen gebe und welche Kompetenzen diese hätten.

Frau K e i c h e r , Integrationsbeauftragte, stellt die Ergebnisse der Befragung anhand einer PowerPoint-Präsentation vor, welche als Anlage 3 der Niederschrift angeschlossen ist.

Anschließend stellen Herr StR K ü b l e r , Frau StRin Dr. C h r i s t - F r i e d r i c h , Herr StR L i n k und Herr B i n d e r Fragen, die von Frau K e i c h e r beantwortet werden.

Auf Nachfrage von Herrn StR K ü b l e r , zeigt Frau K e i c h e r große Zufriedenheit mit der Arbeit des Beirats für Partizipation und Integration der Stadt Heilbronn, wünschenswert sei jedoch, dass der Beirat stärker in die Gemeinderatsarbeit mit einbezogen werde. So finde zum Beispiel in den Städten Esslingen und Stuttgart eine engere Zusammenarbeit zwischen Beirat und Gemeinderat statt.

Frau StRin Dr. C h r i s t - F r i e d r i c h weist danach darauf hin, dass auf ihren Beratungsunterlagen die Unterschiede in den Diagrammen aufgrund des schwarz-weiß-Drucks nur schwer zu erkennen seien.

Frau K e i c h e r s a g t z u , die Präsentation den Beiratsmitgliedern in Farbe zukommen zu lassen.

Frau StRin K ä f e r bekräftigt mit Blick auf den hohen Migrantenanteil in der Region den Vorschlag, den Beirat für Partizipation und Integration mehr in die Gemeinderatsarbeit zu involvieren. Sie bedauert, dass sich eben dieser Migrantenanteil leider nicht bei der Besetzung der politischen Gremien spiegele.

Herr StR L i n k schlägt eine stärkere Zusammenarbeit zwischen dem Beirat für Partizipation und Integration und dem Verwaltungsausschuss vor, da im Verwaltungsausschuss vieles zum Thema Integration entschieden werde.

Herr StR K ü b l e r bittet nachfolgend zu prüfen, in welchen Gremien der Beirat für Partizipation und Integration zum Beispiel in der Funktion als beratende Mitglieder oder als Sachverständige einbezogen werden könne.

Frau BMin C h r i s t n e r fasst zusammen, dass die vorgestellte Umfrage ein gutes Mittel sei, um die eigene Organisationsstruktur zu hinterfragen und zu prüfen, an welchen Stellen eine Optimierung erforderlich sei.

Der Beirat für Partizipation und Integration nimmt daraufhin

K e n n t n i s .

Tagesordnungspunkt 4

Bericht zur aktuellen Lage von Flüchtlingen in Heilbronn

Frau BMin C h r i s t n e r ruft den vierten Punkt der heutigen Tagesordnung auf.

Herr B o c h e r , stellvertretender Leiter des Amts für Familie, Jugend und Senioren, berichtet zur aktuellen Lage von Flüchtlingen in Heilbronn. Die wesentlichen Informationen hierzu ergeben sich aus der Tischvorlage, die als Anlage 4 der Niederschrift angeschlossen ist.

Er fügt hinzu, dass eine weitere Stelle für eine/n Sozialarbeiter/in ausgeschrieben werde. Im Jahr 2014 würden 150-170 Personen noch zusätzlich aufgenommen, für das Jahr 2015 ist die Aufnahme von etwa 600 Personen geplant. Somit würden in Heilbronn mehr Personen aufgenommen als vorgeschrieben.

Frau BMin C h r i s t n e r bittet um Hinweise zu möglichen Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge, da die Stadtverwaltung derzeit weitere Unterkünfte suche.

Frau StRin K ä f e r kritisiert, dass Flüchtlinge erst nach geraumer Zeit arbeiten dürften. Zudem stellt sie Nachfragen bezüglich der Sicherheit in den Flüchtlingsunterkünften bzw. zum Wachdienst in den Heimen und wie die immer steigende Anzahl von Flüchtlingen untergebracht werde.

Herr B o c h e r erklärt, dass die Flüchtlinge im Betrieb der Wohnheime arbeiten dürften und hierfür eine Aufwandsentschädigung erhielten. Jedoch sei es schwierig, eine größere Anzahl an Heimbewohnern zu beschäftigen. Tagsüber seien in den Heimen Sozialarbeiter, Hausmeister und Verwaltungskräfte zu erreichen. Für die Sicherheit in der Nacht sei für das Heim in der Austraße ein Pfortendienst einer privaten Firma zuständig. Er fügt hinzu, es werde darauf geachtet, nicht alle Tätigkeiten an private Träger zu vergeben.

Herr B o c h e r geht im Verlauf der weiteren Aussprache auf die von Herrn StR K ü b l e r gestellten Fragen zu den in der Tischvorlage aufgeführten Daten und Zahlen ein. Er betont dabei, dass die Heimplätze auf 300 aufgestockt würden. Zudem werde wegen den ansteigenden Flüchtlingszahlen nach zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten gesucht.

Anschließend schlägt Herr StR K ü b l e r eine Besichtigung des Flüchtlingswohnheims durch den Beirat für Partizipation und Integration vor.

Frau BMin C h r i s t n e r und Herr B o c h e r willigen einer Besichtigung der Flüchtlingsunterkünfte ein, jedoch solle die Besichtigung erst im Frühjahr 2015 erfolgen, da erst kürzlich das Heim von einem anderen Gremium besichtigt worden sei.

Frau BMin C h r i s t n e r bestätigt, dass bereits Verhandlungen über neue Unterbringungsmöglichkeiten für das Jahr 2015 liefen.

Herr B o c h e r sagt im weiteren Verlauf der Aussprache, am wichtigsten sei, folgende Punkte zu klären: Die Finanzierung und die Schaffung von Wohnraum sowie die Krankenhilfeversorgung. Schwierigkeiten gebe es bei der Finanzierung, da diese nicht gewährleistet sei. Zur ehrenamtlichen Arbeit mit den Flüchtlingen informiert er, dass es zusammen mit der Stabsstelle Partizipation und Integration einen Arbeitskreis gebe, in dem interessierte Beiratsmitglieder mitwirken können. Ansprechpartner für die Unterbringung der Flüchtlinge seien die Sozialarbeiter in den Wohnheimen, diese koordinieren ebenfalls die ehrenamtlich Engagierten und übernehmen die Organisation. Ziel sei es, städtisches Leben in die Wohnheime zu bringen und Flüchtlinge in die Stadt zu bewegen.

Frau StRin L u d e r e r lobt, dass die Bearbeitung ihrer Anfrage bezüglich der Situation der Asylsuchenden rasch bearbeitet worden sei. Zudem betont sie positiv die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge. Unsicher sei sie sich jedoch aufgrund der Erhöhung der Quadratmeterzahl von 4,5 qm auf 7 qm für die Wohn- und Schlaflfläche, ob die Unterbringungsplätze ausreichen.

Herr A l t u n t a s unterstreicht während der Diskussion, dass die Moscheen in der Flüchtlingsarbeit eine wichtige Rolle hätten, da viele der Flüchtlinge aus muslimisch geprägten Ländern stammen.

Frau BMin C h r i s t n e r lobt zum Schluss das Interesse und die Unterstützung der Bevölkerung und stellt zudem dar, dass das Land bemüht sei, die gerechte Verteilung der Flüchtlinge an die Städte zu gewährleisten.

Der Beirat für Partizipation und Integration nimmt danach

K e n n t n i s .

Tagesordnungspunkt 5

Bekanntgaben

Frau K e i c h e r , Integrationsbeauftragte, informiert über den Fachtag „Willkommenskultur“ am 18. November 2014 bei der German Graduate School of Management and Law gGmbH.

Herr A l t u n t a s berichtet zum Sachstand des Baus der DITIB-Moschee an der Weinsberger Straße. Der Architektenwettbewerb sei nun abgeschlossen, am 20. September 2014 habe sich das Preisgericht auf einen Entwurf geeinigt. Gemeinsam mit dem ausgewählten Architekten werde in den nächsten Wochen der Entwurf bearbeitet.

Frau K e i c h e r gibt den Kontostand (625 Euro) des Unterkontos „Integration“ bei der Heilbronner Bürgerstiftung bekannt. Sie bittet die Anwesenden, Werbung für Spenden auf das Konto zu machen.

Frau K e i c h e r informiert zudem zum aktuellen Stand des Programms MEMO (Management und Empowerment für Migrantenorganisationen). Dieses Projekt werde vom Integrationsministerium finanziert. Eine der fünf regionalen Koordinierungsstellen in Baden-Württemberg sei in Heilbronn. Das Projekt biete Migrantenorganisationen die Möglichkeit, sich in allen Bereichen der modernen Vereinsführung und des Projektmanagements zu qualifizieren. Ansprechpartner hierfür sei Herr Ali Mansouri, Praktikant bei der Stabsstelle Partizipation und Integration. Frau Keicher bittet zudem die Beiratsmitglieder, das Projekt in den jeweiligen Netzwerken publik zu machen.

Frau K e i c h e r informiert auch über die Vorhabenliste zur Bürgerbeteiligung und verweist auf die hierzu ausliegenden Flyer.

Frau K e i c h e r weist auf den Fachtag „Übergangsmanagement“ von Xenos hin, bei dem der gute Übergang für Migranten von Schule zu Beruf im Fokus stünden.

Anschließend informiert Frau K e i c h e r , dass die Stabsstelle Partizipation und Integration Anfang November ins Rathaus in die Räume 54 bis 57 im Erdgeschoss umziehen werde.

Frau BMin C h r i s t n e r gibt die Sitzungstermine für das Jahr 2015 bekannt. Diese seien der 19. März, 21. Mai und der 29. Oktober, jeweils um 17:00 Uhr.

Der Beirat für Partizipation und Integration nimmt von den jeweiligen Bekanntgaben

K e n n t n i s .

Tagesordnungspunkt 6

Anfragen

Herr A b d o u l a y e möchte wissen, ob die Moschee an der Weinsberger Straße tatsächlich neu aufgebaut werde.

Herr A l t u n t a s antwortet, aufgrund der langen Planungen, des hohen Interesses und des Wunsches der Öffentlichkeit und der Bevölkerung, solle die Moschee bis zum Jahr 2019 erbaut werden.